Wirtschaftsdemokratie - eine Alternative : Bilanz und Aktualität

Autor(en): **Vilmar, Fritz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652415

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Fritz Vilmar

Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative

Bilanz und Aktualität

Die globale Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft tritt nach dem Ende der Nachkriegskonjunktur, also seit Mitte der siebziger Jahre, immer destruktiver zutage. Ihre zerstörerische Wirkung hat drei Hauptdimensionen: die Erzeugung einer zunehmenden Massenarbeitslosigkeit (über 36 Millionen registrierte Arbeitslose allein in den OECD-Ländern), die schleichende, aber vielfach schon offenkundige, weltweite Zerstörung der Umwelt und die Erzeugung einer immer unerträglicher werdenden – übrigens volkswirtschaftlich völlig kontraproduktiven – zunehmenden Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, national und international. Von den indirekten, ebenfalls gravierenden Destruktionsprozessen: der konzernpolitischen Durchkreuzung demokratischer Entscheidungsprozesse und der zunehmenden kommerziellen Durchdringung fast aller persönlichen Lebensbereiche, ganz zu schweigen.

In krassem Widerspruch zu diesem Tatbestand globaler kapitalistischer Destruktivität steht die vorherrschende Handlungsschwäche sozialkritischer/sozialprogressiver Akteure – nicht zuletzt aufgrund des Mangels einer konsistenten alternativen Wirtschaftstheorie. Und dies in einer Situation, die dringend eine umfassende volkswirtschaftliche Alternative – einen grundlegenden Paradigmenwechsel – erfordert. Zwar ist anzuerkennen, daß das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 wesentliche – sich explizit als „wirtschaftsdemokratisch" profilierende – Grundsätze für eine solche alternative Wirtschaftstheorie enthält; leider hat das Übergewicht der Rechten in der SPD seither dafür gesorgt, daß dieses Programm so gut wie unbekannt und jedenfalls theoretisch unbelichtet geblieben ist. Im folgenden möchte ich zeigen, daß und wieso eine aktualisierte und zuendegedachte Theorie der Wirtschaftsdemokratie der angemessene, integrative Begriff der so dringend erforderlichen alternativen Wirtschaftspolitik ist.[1]

Angesichts der sozialgeschichtlichen Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert und der Verstärkung der Marktwirtschafts-Ideologie durch die Meinungsbildung der kapitalistisch dominierten Massenmedien und Universitäten verloren die programmatisch führenden Kräfte der Linken zunehmend die intellektuelle Kraft und den sozusagen anti-populistischen Mut, vorhandene wirtschaftsdemokratische oder auch nur keynesianistische Alternativen aufrecht zu erhalten oder gar zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln.[2] Der Sozialliberalismus eines Blair, Jospin und Schröder wie auch der Grünen[3], aber auch der Gewerkschaften[4] reduzierten die demokratisch-sozialistische Tradition auf minimale Steuerreform-Zusagen und beschäftigungspolitische Ad-hoc-Programme.

Aber Staatsinterventionismus plus Unterstützung progressiver gewerkschaftlicher Tarifpolitik genügen nicht mehr angesichts des totalen Versa-

gens des Marktradikalismus. Zu fordern ist eine wissenschaftliche Wiederaneignung und Fortentwicklung des Wirtschaftsdemokratie-Konzepts, weil nur so das Konzept einer „Alternativen Wirtschaftspolitik" auf einem umfassenderen und demokratietheoretisch fundierten Niveau entwickelt werden kann, das zugleich die progressive Theorie aus der Geschichtsvergessenheit befreit und ihr ermöglicht, an eine hundertjährige Theoriearbeit der evolutionären Transformation von Marktwirtschaft und Kapitalismus wiederanzuknüpfen. Deren Ergebnisse wurden 1928 zum ersten Mal unter dem Zielbegriff „Wirtschaftsdemokratie" zusammengefaßt[5] und fanden 50 Jahre später eine wesentlich umfassendere systematische Darstellung.[6]

Dieser umfassende Begriff von Wirtschaftsdemokratie war nicht von Anfang an vollendet, nicht abschliessend ausgebildet, sondern hat sich geschichtlich entwickelt, durchaus unabgeschlossen. Seine jüngste Konkretion hat er gefunden in der Zielbestimmung der Umweltverträglichkeit: als ökologische Wirtschaftsdemokratie.[7] Gleichwohl läßt sich eine geschichtlich und systematisch angemessene, intentionale *Definition* formulieren: Wirtschaftsdemokratie ist der Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.

Wirtschaftsdemokratische Strukturen und Verfahren in diesem Sinn haben Lösungen zu finden für die drei wesentlichen Inhumanitäten der vorhandenen Ökonomie, Existenzunsicherheit, psycho-physisches Arbeitsleid und Fremdbestimmung, und zwar auf der *Makroebene* der Volks- bzw. Europawirtschaft, auf der *Mesoebene* der Unternehmensleitungen und auf der *Mikroebene* des einzelnen Betriebes und des Arbeitsplatzes. Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie umfaßt daher Maßnahmenbündel, die im folgenden erläutert werden.

Wirtschaftsdemokratie: Theorieentwicklung seit den sechziger Jahren

Ein dreistufiges Konzept formulierte zum ersten Mal der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, 1960 in seinem Grundsatzreferat auf dem IGM-Gewerkschaftstag, als er die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze" des DGB-Programms wie folgt zusammenfaßte: Es „soll ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufgebaut werden, in dem *alle* Bürger an der ... Gestaltung der Wirtschaft ... gleichberechtigt teilnehmen können ... Das Grundsatzprogramm von 1949 hat zur Gestaltung dieser Neuordnung drei Forderungen in den Mittelpunkt gestellt: die volkswirtschaftliche Gesamtplanung, die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer." [8]

Da mit dieser programmatischen Aussage eine systemadäquate Benennung der wichtigsten Strategien auf der Makro-, der Meso- und der Mikro-Ebene der ökonomischen Entscheidungsprozesse erfolgt war, wurden sie in der folgenden theoretischen Diskussion übernommen. Es gab, wie zu zeigen

ist, wichtige Ergänzungen und Differenzierungen; aber im Kern ist nach wie vor von diesen „klassischen", unverzichtbaren Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie auszugehen, auf deren wichtigste Detailforderungen und -probleme im folgenden zu verweisen ist; gegenüber der Brennerschen wurde eine etwas differenziertere Begriffsbildung entwickelt: 1. Demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung; 2. direkte und indirekte Kontrolle wirtschaftlicher (unternehmerischer) Macht; 3. Mitbestimmung der Arbeitenden auf allen Ebenen.[9]

In den siebziger Jahren sind auf der Mikroebene der *Mitbestimmung,* also der Durchsetzung einer partizipativen statt autoritären Arbeitsorganisation, Zielsetzungen und praktikable Modelle einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, vor allem aber einer *Humanisierung der Arbeit,* hinzugekommen. Dies stellt einen qualitativen konzeptionellen Sprung dar, denn zuvor hatten auch die Gewerkschaften nur geglaubt, daß man die *Rahmenbedingungen* des Arbeitsprozesses durch Gesetze, Tarife und Mitbestimmungsgremien humanisieren könnte, während die inhumanen Strukturen der Arbeit selbst, unter dem Diktat der maschinisierten „repetitiven Teilarbeit", sachzwanghaft unabänderlich seien, damit autoritär und monoton. Seit den achtziger Jahren traten auf der Mesoebene und der Makroebene die Forderungen und Strategien einer *grundlegenden ökologischen Neuorientierung* der Unternehmens- und Wirtschaftspolitik sowie einer systematischen Arbeitsmarktplanung (Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit und Zweiter Arbeitsmarkt) hinzu, mit der Zielvorstellung einer „ökologischen Kreislaufwirtschaft".[10]

Seit dem Ende der siebziger Jahre wurde im Gefolge der „Alternativbewegung" auch die älteste Struktur der Wirtschaftsdemokratie wiederentdeckt: *die Genossenschaft.* Es entwickelte sich eine große Anzahl gemeinschaftlicher Arbeits- aber auch Lebensformen. Allerdings waren diese wesentlich weniger stabil und formal durchorganisiert als seinerzeit – und heute noch in den romanischen Ländern – die Kooperative der Arbeiterbewegung, die mit ihren Produktions- und Konsumgenossenschaften in England geradezu die Theorie-Basis der wirtschaftsdemokratischen Avantgarde, der Fabian Society, schuf.

Insgesamt ist seit Ende der siebziger Jahre – abgesehen von der wichtigen theoretisch-programmatischen Wende zum „ökologischen Umbau der Wirtschaft" – eine Stagnation und sogar ein gravierender Rückschlag in der Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie zu konstatieren. Auslöser dieser Rückwärtsentwicklung war – wie für die gesamte sozialpolitische Entwicklung der westlichen Demokratien! – die anhaltende weltwirtschaftliche Stagnation mit ihren verheerenden Folgen seit 1975: Die Normalisierung der ökonomischen Wachstumsraten bei 1-3 Prozent (nach der Rekonstruktionskonjunktur 1949-1974) führte, bei anhaltender Produktivität der Arbeit und fehlender systematischer Umverteilung/Reduzierung der Arbeitszeit, zu rapide steigender Arbeitslosigkeit. Die hiermit verbundene Schwächung der Gewerkschaften, der tarifpolitische Immobilismus und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit schlugen sich bei sinkenden Steuer-

einnahmen in sprunghaft steigender Staatsverschuldung nieder, diese wiederum zog ineins mit der konservativen Angebots- und „Standort"-Ideologie eine schleichende Demontage sozialstaatlicher Leistungen nach sich.

Dabei spielte und spielt die programmatische Selbstaufgabe der deutschen Gewerkschaften eine besonders schmähliche Rolle. Diese begann mit dem Ausverkauf des – gewerkschaftseigenen – größten westdeutschen Gemeinwirtschaftskomplexes, erzwungen durch das Finanzierungsdesaster der Neuen Heimat, das aber nicht etwa zu einer kritischen Überprüfung des so wichtigen Gemeinwirtschaftskonzepts führte. Vielmehr hatten führende Funktionäre nichts Eiligeres zu tun, als sich von der Idee selbst loszusagen: Die Gemeinwirtschaft, so schrieb der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler in der Monatszeitschrift seiner Gewerkschaft (Der Gewerkschafter 1/87), habe „ihre reale Grundlage schrittweise verloren".

Der einzige, freilich sehr indirekte Fortschritt, den Praxis und Theorie der Wirtschaftsdemokratie in den neunziger Jahren verzeichnen konnten, vollzog sich auf der Mikro-Ebene der Arbeitsorganisation. Nachdem verschiedene deutsche Unternehmen sich in bestimmten Produktionsbereichen von der Fließbandarbeit abwandten und flexiblere Produktions- oder Montageprozesse mit kleineren Arbeitsgruppen und erweiterten Arbeitsaufgaben einrichteten, wurde dieses arbeitsorganisatorische Konzept der „Gruppenarbeit" von Soziologen der Metallgewerkschaft aufgegriffen. Betriebs- und Tarifpolitiker dieser Gewerkschaft haben seitdem versucht, durch „Regelungsvorschläge" Chancen der Arbeitshumanisierung und Mitwirkung am Arbeitsplatz mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen zu eröffnen.

Weiterentwicklung des Wirtschaftsdemokratie-Konzepts

Nach dieser Bilanz der Fortschritte und Rückschritte in der Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden im folgenden einige zentrale wirtschaftspolitische Instrumente des Systems etwas genauer untersucht. Vorab aber sind zwei grundsätzliche Hinweise zur (künftigen) Theoriearbeit notwendig: Erstens ist die ideologiekritische theoretische „Verortung" der Wirtschaftsdemokratie als „Dritter Weg" *jenseits* der dichotomischen Positionen von Markt- oder Planwirtschaft grundlegend, und zweitens sollte jede wirtschaftsdemokratie-theoretische Ausarbeitung dieses „Dritten Weges" aufbauen auf der enormen wirtschaftswissenschaftlichen Vorleistung, die Ota Sik und seine Mitforscher Ulrich Gärtner und Peter Luder in zwei zusammengehörenden Werken (von 800 und 1000 Seiten!) zur Theorie der Wirtschaftsdemokratie realisiert haben.[11]

Wirtschaftsdemokratie, das heißt primär gemeinwohl- statt profitorientierte Gestaltung der Wirtschaft, beinhaltet ein sozialstaatliches Transformationskonzept, das die Aufhebung der strukturellen kapitalistischen Instabilität, Disfunktionalitäten, Inhumanitäten und Oligarchien nicht verwirklichen zu können glaubt durch einige „totale" revolutionäre Eingriffe

(Totalsozialisierung; Totalplanung), sondern durch einen Prozeß begrenzter, differenzierter Umgestaltung nach dem Prinzip der „mixed economy": Ergänzung, Veränderung, Ersetzung und gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch die oben schon genannten Strategien und Systemelemente einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung und Investitionslenkung.

Der auf diese Weise intendierte „Dritte Weg" ist in einer großen theoretischen Gemeinschaftsleistung ausgearbeitet worden. Ende der siebziger Jahre haben der führende Ökonom der Prager Frühlings, Ota Sik, und seine Mitarbeiter gerade die umstrittenen und schwierigen Funktionsprobleme einer sowohl effektiven wie sozialen Synergie von Plan und Markt, eines nicht bürokratisch-etatistischen und durch „Expropriation" exekutierten Übergangs vom Privat- zum Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln etc. gründlich untersucht und konkrete, innovative Lösungsvorschläge formuliert. So werden en detail entwickelt: die Notwendigkeit eines funktionierenden (ohne Wirtschaftsdemokratie aber asozial wirkenden) Marktes; die komplizierten, aber durchaus praktikablen Verfahren, um kapitalistische Marktsteuerung und demokratische Plansteuerung kompatibel zu machen; die Notwendigkeit, zur demokratischen Entscheidungsvorbereitung *alternative* Planungsvarianten zu entwickeln; die schrittweise Verwandlung der reinen Kapitalgesellschaften in „Mitarbeitergesellschaften" durch Kapitalbeteiligung der Beschäftigten bei gleichzeitiger „Kapitalneutralisierung"; die notwendigen und sinnvollen Formen der Partizipation von Beschäftigten und einer Humanisierung der Arbeit.

In der politischen und oft sogar in der Programmdiskussion wird Wirtschaftsdemokratie nicht selten mit Mitbestimmung der Arbeitenden gleichgesetzt – ein folgenschwerer Kurzschluß. Denn Mitbestimmung und andere Formen demokratischer Partizipation und Kontrolle wirtschaftlicher Macht können nur dann zu einer Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsbildung in einem gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich vernünftigen Sinne führen, wenn sie an bestimmte volkswirtschaftliche und ökologische, also gesamtgesellschaftliche Orientierungsdaten gebunden sind. Wesenselemente einer stabilen, umweltgerechten, an den Bedürfnissen der Konsumenten und der Gesellschaft orientierten Volks- und Europawirtschaft müßen daher eine volkswirtschaftliche *Rahmenplanung*, eine Politik indirekter und/oder direkter *Investitionslenkung* und eine planvolle *Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik* sein. Die volkswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente wurden bereits 1963 im DGB-Grundsatzprogramm präzise definiert.

Bei der Realisierung der Rahmenplanung (Nationalbudget) spielen die indirekten Beeinflussungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft durch öffentliche Finanz-, Steuer-, Regional- und Investitionspolitik (samt „deficit spending") eine wichtige, aber zur wirksamen demokratischen Wirtschaftssteuerung nicht ausreichende Rolle. Daher ist zusätzlich eine Politik der – unter anderem auch: antizyklischen – *Investitionslenkung* erforderlich. Diese betrifft erstens die *öffentlichen* Investitionen, deren zusammengefaß-

ter, je nach Konjunkturverlauf zurückhaltender oder forcierter Einsatz (mit „deficit spending") erstmalig im sogenannten Stabilitätsgesetz – dem ersten Globalsteuerungsgesetz der Bundesrepublik – normiert wurde. Sie ist ein Hauptinstrument der Rahmenplanung. Dies gilt aber zweitens auch für die Lenkung der privatwirtschaftlichen Investitionen durch staatliche, unter Umständen regional und sektoral gezielte Kredit- und Steuerpolitik, durch Veröffentlichung präziser sektoraler Bedarfs- und Nachfragevoraussetzungen und notfalls durch Formen direkter Investitionsförderung, wie sie – mangelhaft – beim „Aufschwung Ost" in Gang gesetzt wurde.

Bei der ökologischen Weiterentwicklung der Wirtschaftsdemokratie gewinnt die Investitionslenkung zur Entwicklung einer *Kreislaufwirtschaft* mit alternativen Energien, dezentralen, umweltverträglichen Produktionsanlagen, biologischer Landwirtschaft, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und autofreier Stadtbereiche, Rettung der Wasser- und Lufthaushalte, der Landschaft und ihrer Wälder, Flüsse, Biotope etc. eine besondere Bedeutung im Sinne *inhaltlicher* statt nur *quantitativer* Wachstumsplanung (siehe unten). Schließlich aber rückt eine qualitativ neue Form von Planung ins Zentrum einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie: *Arbeitsmarktplanung.* Da eine Wirtschaft mit vermindertem Wachstum eine entscheidende wirtschaftspolitische Herausforderung der Zukunft sein wird[12], ist eine staatliche Politik der notwendigen Weiter- und Andersqualifizierung von Arbeitskräften sowie vor allem der schrittweisen systematischen *Verminderung der Arbeitszeit und eines Zweiten (öffentlich geförderten) Arbeitsmarktes* notwendig.

Arbeitsmarktpolitik beinhaltet fünf Teilstrategien: Allgemeine Arbeitszeitverkürzung (AZV) in Richtung auf eine 32-Stunden-Woche (ca. 1.6 Mio. Arbeitsplätze), konsequenter Abbau von Überstunden (ca. 0.4 Mio. Arbeitsplätze), Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit (0.4-0.6 Mio. Arbeitsplätze), Förderung von Vorruhestandsoptionen (ca. 0.4 Mio. Arbeitsplätze) und Schaffung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes (ABM) für 0.8 bis 1.0 Mio. Erwerbslose. Ein auf 5-10 Jahre angelegtes Programm, welches die Teilstrategien der AZV und ABM großen Stils realisiert, erspart etwa 2.5-4.6 Millionen Menschen (Minimal- und Optimalkalkulation) die Arbeitslosigkeit. Wenigstens in Kürze ist auf die mit diesen 5 Teilstrategien einer planvollen Arbeitsmarktpolitik verbundenen Probleme einzugehen:

Schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die 32-Stunden-Woche: Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeitigt die stärksten Arbeitsmarkteffekte: Eine Stunde weniger Arbeit schafft rein rechnerisch 800 000 neue Arbeitsplätze. Nach diversen Untersuchungen werden etwa 50% dieser rechnerischen Größe durch Produktivitätssteigerungen kompensiert, so daß ein realer Beschäftigungseffekt von ca. 400 000 pro verminderter Arbeitsstunde durchaus realistisch ist. Bei einer raschen Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden (Ost) und 32 Stunden (West) wäre also ein Beschäftigungseffekt von 4 mal 400 000 = 4.6 Millionen realisierbar, eine Größenordnung, mit der kein staatliches Beschäftigungsprogramm mithalten kann.

Die sukzessive Einführung der 35- bzw. 32-Stunden-Woche darf nicht ein Fixpunkt, sondern nur Etappenziel sein. Längerfristig kann nur die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden als Strategie gegen steigende Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Gegengewicht bilden. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen der Tarifpartner, aber auch des Staates. Dabei ist es als außerordentlicher Fortschritt wirtschaftsdemokratischer Politik festzuhalten, daß die Regierung Jospin ab dem Jahre 2000 die 35-Stunden-Woche per Gesetz eingeführt hat.

Begrenzung der Überstunden: Vorrangige Aufgabe des Gesetzgebers muß eine grundlegende Novellierung der Arbeitszeitordnung (AZO) sein, die Überstunden unattraktiv macht und – von einer bestimmten Größenordnung an – nicht von der Zustimmung des Betriebsrats sondern des Arbeitsamtes abhängig sind; sie sind grundsätzlich innerhalb eines Kalenderjahres durch Freischichten bzw. zusätzlichen Urlaub „abzufeiern", so daß Neueinstellungen notwendig werden. Zur Zeit entspricht die Zahl der 1.8 Mrd. (!) Überstunden in der Bundesrepublik einem Beschäftigungsäqivalent von gut 1 Million Erwerbstätigen – ein Extrembeispiel planloser, rein betriebswirtschaftlich orientierter Arbeitszeitpolitik.

Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit: In den Niederlanden, Dänemark, England und Schweden wird die Erwerbslosigkeit durch Teilzeitarbeit von 30-50 Prozent der Berufstätigen erheblich verringert. In Deutschland hat sich das in Umfragen der achtziger Jahre festgestellte Interesse von 70 (50) Prozent der Frauen (Männer) verändert, weil die Mehrheit der Interessierten der „versicherungsmathematische Abschlag" bei ihrer Rentenberechnung abschreckt und die meisten Arbeitgeber sich weigern, Teilzeitarbeit anzubieten. Es bedarf daher einer Gesetzgebung, die die gesellschaftlich höchst anerkennenswerte Entscheidung, Arbeitsszeit mit anderen zu teilen, rentenrechtlich honoriert und im übrigen allen Arbeitnehmern ein individuelles Mitbestimmungsrecht, sich für Teilzeitarbeit zu entscheiden, gegenüber dem Arbeitgeber einräumt. Die Niederlande kann hier als Modell und Vorbild gelten.

Tarifrente: Schon Ende der siebziger Jahre sollte, nach den Vorschlägen des damaligen Arbeitsministers Herbert Ehrenberg (SPD) und der Gewerkschaft NGG, ein Tariffonds geschaffen werden, der es älteren Arbeitnehmern ermöglichen würde, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Dabei sollen ca.75 Prozent der bisherigen Bezüge (inklusive Sozialversicherung) weiter gezahlt werden. Finanziert werden soll das Programm zu 50 Prozent von der Bundesanstalt für Arbeit (sofern für die Ausscheidenden neue Arbeitnehmer eingestellt werden) und zu 50 Prozent aus einem Tariffonds (Lohnverzicht). Variationen dieses arbeitszeitpolitischen Planungskonzepts gibt es bis heute: 1998 hatte auch der rot-grüne Arbeitsminister Riester eine Tariffonds-Lösung vorgeschlagen. Bei diesen Voraussetzungen kann der Arbeitsplatzeffekt auf 0.4 Mio. Arbeitsplätze geschätzt werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Die zweite Hauptstrategie aktiver staatlicher Arbeitsmarktplanung besteht in einer qualitativen Weiterentwicklung der ABM-Programme zu einem „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt". Hoch-

rechnungen einer von der Berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann veranlaßten Untersuchung ergeben, daß ein AB-Programm für eine Million Erwerbslose zwar 59 Mrd. DM kostet, durch Einsparungen von Arbeitslosengeld etc., Steuerzahlungen und Zahlungen an die Sozialversicherung aber dem Staat, der BfA und der Sozialversicherung in Höhe von 46 Mrd. DM Einnahmen zufließen bzw. Kosten erspart werden, so daß die Netto-Kosten dieser großangelegten Beschäftigungspolitik lediglich 13 Mrd. DM betragen würden.

Insgesamt sind die wirtschaftsdemokratischen Prinzipien aktiver Arbeitsmarktpolitik, also die systematische Anpassung der Arbeitszeit an die gesellschaftlich notwendige Arbeit und die Schaffung eines Zweiten (gemeinwirtschaftlichen) Arbeitsmarktes nur realisierbar durch einen gesetzgeberisch gezielt arbeitsmarktpolitisch eingreifenden Staat; ferner durch eine gesellschaftliche Wende weg von der Vollzeitarbeit traditionellen Stils als der „normalen" Arbeitssituation. Schließlich braucht es einen *Sozialkontrakt* aller betroffenen gesellschaftlichen Interessengruppen mit dem Ziel, durch gemeinsame, koordinierte Aktivität die nachgefragte Arbeit auf alle Arbeitswilligen derart flexibel zu verteilen, daß nahezu alle einen Arbeitsplatz finden können. Die kollektiven Akteure Gewerkschaften, Regierungen, Unternehmer(verbände) und die Gesamtheit der Arbeitenden müssen zusammenwirken.

Kontrolle unternehmerischer Macht und Mitbestimmung

Noch bei Otto Brenner hieß „Kontrolle wirtschaftlicher (oder: unternehmerischer) Macht" 1961 schlicht „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum". So sind hier Entwicklung und angebliches Obsoletwerden des Sozialisierungskonzepts zu analysieren.[13] In der traditionell-sozialistischen Theorie galt die „Expropriation der Expropriateurs"[14], also die Sozialisierung der Produktionsmittel und deren genossenschaftliche oder staatliche Reorganisation bis in die achtziger Jahre als die Generallösung zur Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und „Anarchie der Warenproduktion" – und diese Vorstellung beherrschte derart unreflektiert manches linke Denken, daß Sozialismus und Sozialisierung weithin als identisch verstanden wurden.

Mit dem Dahinschwinden der revolutionären Hoffnungen und des reformsozialistischen Glaubens an eine breite, dauerhafte sozialistische Mehrheit nach Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts wurden in den Konzepten der „Wirtschaftsdemokratie", schon seit den „Industrial-Democracy"-Ideen der Fabian Society und in aller Breite bei Naphtali, die Sozialisierungsvorstellungen relativiert im Sinne eines evolutionären „Hineinwachsens" gemeinwirtschaftlicher, öffentlich-wirtschaftlicher und genossenschaftlicher Unternehmensformen in das privatwirtschaftliche System, dem darüber hinaus mit Hilfe von Betriebs- und Personalräten (shop stewards, comités d'entreprise, consigli di fabbrica) und gewerkschaftlicher Tarifpolitik die schlimmsten Giftzähne der Ausbeutung und Autokratie gezogen werden sollten.[15]

In der Fortentwicklung dieses wirtschaftsdemokratischen Konzepts wurde dann in den demokratisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Theorien und Programmen die – noch im Bonner Grundgesetz Art.15 ausdrücklich sanktionierte – „Überführung in Gemeineigentum" auf „Schlüsselindustrien" reduziert, beziehungsweise, da sich die inhaltliche Bestimmung von Schlüsselindustrien als höchst wandelbar erwies, auf „marktbeherrschende Unternehmen".[16] Während auch diese Definition in der westdeutschen politischen Diskussion nie konkretisiert wurde, nahmen die französischen Linken bereits Anfang der siebziger Jahre konkrete Nationalisierungslisten in ihr „Programme commun" auf, und unter Mitterrand wurde, nach seinem Regierungsantritt 1981, ein erheblicher Teil dieses Vergesellschaftungsprogramms tatsächlich realisiert.[17]

Inzwischen hatte sich die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie auch von bürokratisch-sozialistischen Sozialisierungsvorstellungen – übrigens auch in Frankreich – verabschiedet. Maßgeblich wurde der Begriff der Vergesellschaftung. Diese sollte durchaus pluralistisch, in verschiedenen staatsunabhängigen Organisationsformen realisiert werden statt durch zentralgesteuerte staatsbürokratische Lenkung. Außerdem muß sich Vergesellschaftung leiten lassen von dem Grundsatz der *Beteiligung aller Betroffenen* an Kontrolle und Leitung der Unternehmen: Die *Belegschaften* und ihre gewerkschaftlichen Vertreter bringen u.a. den Aspekt der humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der gerechten Entlohnung und der Arbeitsplatzsicherung ins Spiel; *regionale* und *staatliche Instanzen* werden den Aspekt der externen (Umwelt-) Effekte von Produktion und nachfolgendem Konsum einbringen sowie der notwendigen Abstimmung mit anderen Wirtschaftstätigkeiten im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Planung, *Verbrauchervertreter* das Interesse an guten und billigen Gütern und Dienstleistungen. Die Beteiligung so unterschiedlich motivierter Gruppen an Kontrolle und Leitung der Großunternehmen macht es auch notwendig, einen neuen betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstab zu entwickeln, der den Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Rentabilität mit dem des sozialen Nutzens und der Umweltverträglichkeit verbindet.

Natürlich ist auch die gemeinwirtschaftliche Entwicklung und Theoriebildung aufgrund der oben beschriebenen Stagnation und Schrumpfung der sozial-progressiven Tendenzen und Kräfte in eine schwere Krise geraten. Lange vor dem Scheitern der sozialisierten Wirtschaft im Osten ist es im Gefolge des konservativen historischen Rückschlags zu einer Erosion der freien und öffentlichen Gemeinwirtschaft gekommen[18], einer alle Bereiche umfassenden Privatisierungswelle, die (nach den revolutionären Illusionen) auch die evolutionären wirtschaftsdemokratischen Fortschritte im Sinne einer schrittweisen Begrenzung privatkapitalistischer Beherrschung der Produktionsmittel gebremst und teilweise zunichte gemacht hat. Einerseits die Armut der „Öffentlichen Hände", abschreckende Bürokratisierungserscheinungen in der öffentlichenWirtschaft (Post; Bahn) und andererseits die krakenartige internationale Verankerung der Großkonzerne im „globalen Dorf" haben die Vergesellschaftungsdebatte

zum Erliegen gebracht. Für viele Klein- und Mittelunternehmen kann eine Verschärfung der Gewerbeaufsicht und Ausweitung der Mitbestimmung sinnvoller sein als Formen der Vergesellschaftung. Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen durch einen konsequenten Ausbau der arbeits- und sozialrechtlichen Sicherung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Für weite Bereiche bieten sich nach wie vor genossenschaftliche Organisationsformen an.

Was die *Mitbestimmung* der Arbeitenden betrifft, so geht es nicht nur um gleichberechtigte Beteiligung auf der Makro- und Mesoebene bei unternehmerischen (wirtschaftlichen) Entscheidungen, um das Machtgleichgewicht von Kapital und Arbeit[19], sondern auch um Mitentscheidung (statt unverbindlicher „Mitsprache") der Betriebs- und Personalräte auf der Mikroebene, bei alltäglichen betrieblichen Entscheidungen, vor allem bei *personellen* Angelegenheiten, in der *Arbeits- und Arbeitszeitorganisation.* Nicht zuletzt aber wird in der europäischen partizipationstheoretischen Diskussion immer stärker die „participation directe" gefordert. Für Deutschland bedeutet dies, endlich die seit mehr als 30 Jahren von den Verfechtern direkter Demokratie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geforderte *Mitbestimmung am Arbeitsplatz* konzeptionell und betriebsverfassungsrechtlich wieder in Angriff zu nehmen: die *unmittelbare* Mitwirkung *aller* Arbeitnehmer eines Arbeitsbereichs in „groupes d'expression" (Frankreich 1982) bzw. „Arbeitsgruppenbesprechungen" während der Arbeitszeit.

Mehr Demokratie in der Wirtschaft bedeutet aber auch unmittelbare *Selbst*bestimmung der arbeitenden Menschen dort, wo sie die Wahrnehmung übergeordneter Interessen der Gesellschaft nicht gefährdet. Dies gilt vor allem für die Selbstorganisation der Arbeitsprozesse im Rahmen vereinbarter Produktionsziele (teilautonome Arbeitsgruppen). Die unmittelbare Selbstorganisation der Arbeitsgruppe ist ein bedeutsamer Schritt zur Emanzipation des arbeitenden Menschen und ein hervorragendes Feld der Einübung demokratischer und solidarischer Verhaltensweisen.

Mit solcher strukturell-partizipativen Veränderung der Arbeitsorganisation geht die wirtschaftsdemokratische Konzeption über Mitbestimmung hinaus zu Strategien *struktureller Humanisierung der Arbeit.* Hier vollzog sich in den sechziger Jahren in Skandinavien, seit Anfang der siebziger Jahre zögernd auch in Deutschland aufgenommen, ein qualitativer Sprung in der Wahrnehmung und – ansatzweise – in der betriebspolitischen Gestaltung der Arbeitswelt: Es zerfällt aufgrund der praktischen Erfahrungen mit partizipativen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen der Mythos von der sachzwanghaft inhumanen, nämlich autoritär-hierarchischen und monotonen („fordistischen") Arbeitsorganisation. Notwendig ist freilich, die von da an bekannt gewordene Theorie und Praxis des „Job redesign" und eines „management by participation" nicht, wie in den dann Mode gewordenen amerikanischen Konzepten einer neuen „Quality of working life", von den „alten", klassischen Humanisierungsforderungen (wie zum Beispiel eines humanen Systems der Arbeitszeit und der Lohnfindung) zu isolieren. Für eine Theorie der Wirtschaftsdemokratie ergibt sich daher ein umfassende-

res Humanisierungskonzept, dessen Hauptelemente hier nur summarisch genannt werden können:

Schutz am Arbeitsplatz: Ausbau der Sicherheit am Arbeitsplatz; Abbau gesundheitsschädigender Einflüsse; bessere ergonomische Anpassung der Maschinen und technischen Anlagen an die Menschen zum Abbau unnötiger und unzumutbarer Belastungen.

Menschenwürdigere Arbeitsorganisation: Weitestmögliche Verkürzung der Arbeitszeit; weitestmögliche individuelle bzw. gruppenautonome Arbeitszeitgestaltung durch Mitbestimmung der Lage (Gleitzeit) und der Dauer der Arbeitszeit; Ausdehnung der Erholungszeiten wie Pausen und Urlaub; schrittweise Einschränkung der Nacht- und Schichtarbeit; Abbau der Zerstückelung, Schematisierung und Standardisierung der Arbeitsgänge und des damit verbundenen Verlusts an Arbeitsinhalten, Erweiterung und Bereicherung der Arbeitsaufgaben; Ausweitung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums, vor allem durch teilautonome Gruppen; Abbau der betrieblichen Hierarchien.

Humanisierung des betrieblichen Einkommenssystems: Abflachung der Einkommenspyramide, z.B. durch Zahlung von Festbeträgen statt prozentualer Einkommenssteigerungen; Abbau überflüssiger Lohn- und Gehaltsgruppen durch Verminderung der Zahl der Gruppen und Reform der Einstufungskriterien; Einführung fester Mindest-Monats- bzw. Jahreseinkommen für alle Arbeitnehmer; Abschaffung der Akkordarbeit; Mitbestimmung der Arbeitsgruppen bzw. des Betriebsrates bei der Einstufung der einzelnen Arbeitnehmer in bestimmte Lohn- und Gehaltsgruppen; Abbau diskriminierender Einkommens-Ungleichheit insbesondere bei jungen, weiblichen und ausländischen Arbeitnehmern; Garantie der Einkommenshöhe von einem bestimmten Alter an; Abbau von Geldäquivalenten für inhumane Arbeitsbedingungen zugunsten technologischer Humanisierung der Arbeit.

Ökologische Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie

Auch die theoretische Wende zu einer nicht länger naiv wachstumsorientierten, sondern ökologisch verantwortlich denkenden und handelnden demokratischen Wirtschaftspolitik kann hier nur durch Auflistung ihrer wichtigsten Strukturelemente in das systematische Gesamtkonzept aufgenommen werden – dies gilt ebenso für die an anderer Stelle erarbeiteten gründlicheren Resümees der zwanzigjährigen Arbeiten zum „ökologischen Umbau der Wirtschaft".[20] Ich konzentriere mich hier auf folgende wirtschaftspolitischen Ziele:

Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft : Das Prinzip einer ökologischen Kreislaufwirtschaft ist mustergültig bereits in einem außergewöhnlichen Grundsatzantrag auf dem SPD-Parteitag in Berlin 1979 angenommen worden (Protokoll Seite 56-68) – um freilich, wie auch die sehr weitgehenden und präzisen ökosozialistischen Forderungen des Berliner Programms von 1989, politisch alsbald wieder in Vergessenheit zu geraten.

Hier sollen abschließend nur einige der wichtigsten wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen verdeutlicht werden, die sich aus einer grundlegenden *wirtschaftsordnungspolitischen Wende* ergeben:
Ökologische Investitionslenkung : Sie ist etwas qualitativ anderes als die bisherigen rein quantitativen Investitionslenkungskonzepte. Durch sie können dezentrale *arbeitsintensive* Produktionen entwickelt werden, die die Lebensqualität verbessern, die Rohstoffabhängigkeit und die Umweltbelastungen durch die Wirtschaft in der Bundesrepublik verringern.
Ökologische Lenkung der Produktionsgestaltung und Werbung : Die Regelung und Kontrolle einer ökologisch verantwortbaren Produktgestaltung ist ein entscheidender Lenkungsbereich ökologisch orientierter Wirtschaftsdemokratie.
Optimale Dezentralisierung: Die Grundwertekommission der SPD hat dieses Ziel Ende der neunziger Jahre theoretisch so präzise begründet, daß ihre Argumentation hier kommentarlos übernommen werden kann, freilich mit dem sehr berechtigten Zusatz Karl Georg Zinns: das Dezentralisierungs-Postulat dürfe nicht – als „Sehnsucht nach der kleinen Überschaubarkeit" – in einen antietatistischen Affekt gegen notwendige zentrale Planungen führen ("Wie organisiert man den Güter- und Personenverkehr 'dezentral'?").

„Unter den beiden Gesichtspunkten, dem der Erhaltung der ökologischen Basis des menschlichen Lebens und dem der Erweiterung der Möglichkeiten, die Industriearbeit sinnvoll zu gestalten, ist eine teilweise Dezentralisierung unserer technisch-ökonomischen Einheiten erforderlich. Dies betrifft den Abbau der regionalen Konzentration von Produktions- und sonstigen Arbeitsstätten (...) und die bewußte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Maßnahmen dieser Art können den Bedarf an Transporten und die Belastung der Umwelt erheblich verringern, die Anwendung umweltfreundlicher und menschengerechter Technik erleichtern, die Produktion enger mit den Bedürfnissen der Verbraucher verkoppeln (...) und die Überschaubarkeit der Wirtschaftsprozesse verbessern. Auf diesem Wege werden die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeitenden (...) erweitert".

Theoretischer Interventionismus

Blickt man zurück auf sieben Jahrzehnte Theorieentwicklung einerseits und politisch-ökonomische Entwicklung andererseits, so kann man feststellen, daß die Theorie der Wirtschaftsdemokratie – abgesehen von der Stagnation in den neunziger Jahren – Erhebliches hinzugewonnen hat an Präzision und wissenschaftlichen Detailstudien,[21] vor allem aber auch an neuen inhaltlichen Dimensionen wie z.B. Humanisierung der Arbeit, ökologische Wende, Arbeitszeitplanung. Dagegen hat die politökonomische Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre, abgesehen von vereinzelten Fortschritten hinsichtlich partizipativer Formen des Managements und der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit) sowie bei der Arbeitszeitverkürzung, eher Rück-

schritte gebracht, vor allem im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts („Deregulierung") und in Gestalt eines substantiellen Abbaus des gemeinwirtschaftlichen Sektors.

Und trotz des explizit wirtschaftsdemokratisch orientierten Grundsatzprogramms der SPD von 1989 ist die programmatische Diskussion zum Erliegen gekommen. Wirtschaftswissenschaftlich dagegen ist hervorzuheben, daß es immerhin inzwischen, erstmalig in der deutschen scientific community, eine Gegenposition zum herrschenden Neoliberalismus gibt: die Bremer „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik", die sich mit ihren Memoranden zunehmenden öffentlichen Respekt geschaffen hat; innerhalb dieser Gruppe spielen Rudolf Hickel und Karl Georg Zinn mit ihren Publikationen eine führende Rolle, die man mit Zinn auf den Leitbegriff eines *Theoretischen Interventionismus* bringen könnte.[22]

Mit Recht hat Zinn vor kurzem geschrieben, Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung sei „nicht utopisch, sondern politisch, und folglich ist Vollbeschäftigung eine Machtfrage"[23] – aber weit und breit sind keine Bataillone, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschaftsdemokratische Strategie, obgleich die einleitend genannten katastrophalen Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien. Die Wählerinnen und Wähler in Europa haben begonnen, es zu erkennen. Gute, glaubwürdig vertretene Konzepte verleihen auch Macht, wie schon Marx – ganz unmaterialistisch – wußte: Ideen können zur „materiellen Gewalt" werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung. Es bedarf der Konkretisierung und öffentlichen Diskussion von Alternativkonzepten. Und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist eines der wichtigsten.

Anmerkungen

1 Die von mir seit 35 Jahren dazu geleisteten systematischen Beiträge zitiere ich im folgenden nur, wo es sachlich geboten erscheint. [Es handelt sich beim vorliegenden Beitrag um eine gekürzte Langfassung. Der Autor setzt diese Debatte in der im Frühjahr 2003 im Rotpunktverlag, Zürich, erscheinenden Festschrift für Arnold Künzli fort. Die Red.] Vgl. auch F. Vilmar, Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Der Wohlstand der Personen. F. Helmedog et al. (Hg.), Marburg 2000. U. Plener, Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil II, in: Utopie kreativ, Heft 1, Berlin, 2001.

2 Vgl. zur umfassenden Wahrnehmung der wirtschaftstheoretischen Leistung und vor allem der Langfristprognostik von J.M. Keynes vor allem Karl Georg Zinn, Keynes und kein Ende ? Zur Geschichte und Zukunft einer ökonomischen Doktrin. In : Gewerksch. Monatshefte 2/99, S, 65ff.

3 Die Abwesenheit einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption bei den grünen Realos zeigte sich bereits in den negativen Stellungnahmen von Joschka Fischer und Reinhard Pfriem in unserem Sammelband „Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik" (hrsg. Von K.J. Scherer und F. Vilmar, Frankfurt, 2. Aufl. 1986), 92ff; 119ff.

4 Die deutschen Gewerkschaften, die, wie im folgenden zu zeigen, in der Nachkriegszeit das gründlichste wirtschaftsdemokratische Programm erarbeitet und bis in die achtziger

Jahre lediglich aktualisiert hatten, haben, von begrenzten Mitbestimmungsforderungen abgesehen, drei Jahrzehnte lang fast nichts getan, um ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen. 1996 haben sie daraus sozusagen die Konsequenz gezogen, indem sie ihr neues Grundsatzprogramm von sämtlichen wirtschaftsdemokratischen Forderungen – außer einem pauschalen Gemeinplatz über „Ausbau der Mitbestimmung" (Abs. II,5) „reinigten". Vgl. zu dieser Negativentwicklung F. Vilmar, Konservatismus der Gewerkschaften. In: M. Greven (Hrsg.), Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden 1994, S. 445-471. Eine parteiprogrammatische Reaktualisierung des „Projektes Wirtschaftsdemokratie" findet sich bei den Sozialdemokraten D. Albers und H. Schwengel vor; vgl. Frankfurter Rundschau, 11.12.2000.

5 Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, Berlin 1928 (4. Aufl. Frankfurt 1977). Unter Mitarbeit so prominenter Wissenschaftler und Gewerkschafter wie Fritz Baade, Hugo Sinzheimer, Rudolf Hilferding, Erik Nölting und Fritz Leipart wurden Ansätze und Zielsetzungen einer Demokratisierung der Wirtschaft, der „Organe staatlicher Wirtschaftspolitik", „des Arbeitsverhältnisses" – und, als eine Voraussetzung, „des Bildungswesens" dargestellt. Horst Klein hat das Verdienst, zum ersten Mal die „Vorgeschichte" dieser theoretischen Leistung, d.h. die gesamte allmähliche Wendung zu einer evolutionären Transformationsvorstellung seit Bernstein und den Austromarxisten informativ zusammengefaßt zu haben: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1999 (trafo-Verlag, Berlin) S. 14-34.

6 Fritz Vilmar/Karl-Otto Sattler, Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Systematische Integration der wichtigsten Konzepte, Frankfurt 1978. Die erste zusammenfassende wissenschaftliche Darstellung wurde 1964 vorgelegt.

7 Vgl. deren breite Darlegung bei Johann Strasser/Klaus Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981, und das Resümee in meinem Aufsatz: Ökosozialistische Wirtschaftsdemokratie, in: H-F.Hollederer/ R.Seebauer, Neue Wege der Wirtschaftspolitik, München/Füssen 1985, S. 100-127.

8 Otto Brenner, Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt/M. 1960, S. 227

9 Es kann hier nur am Rande darauf hingewiesen werden, daß diese wirtschaftsdemokratische Theoriebildung keineswegs auf Deutschland beschränkt geblieben ist. Vgl. zusammenfassend: Hans-Hermann Hertle/Udo Quisbrok, Wirtschaftsdemokratische Parteiprogramme in Westeuropa, in: Huber/Kosta (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion, Köln 1978, S. 223 – 247. Die Sozialisierungsforderung war in Deutschland zu der Zeit längst in den Hintergrund getreten ("Überführung in Gemeineigentum" wurde durch „Kontrolle wirtschaftlicher Macht ersetzt"- s.u.) während sie in der französischen (und englischen!) Linken noch bis Anfang der achtziger Jahre eine zentrale Rolle spielte und durch die Linksregierungen auch in erheblichem Umfang realisiert wurde, vgl. Johannes M. Becker (Hg.), Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985, Berlin 1985. Die Konservativen reprivatisierten danach diese Komplexe wieder, und die Linksparteien haben im Laufe der neunziger Jahre die Sozialisierungsforderung aufgegeben. Der Londoner „Observer" hat Jospin im Gegenteil am 7. 3. 99 als den „größten Privatisierer der neueren Zeit" bezeichnet.

10 Zitiert aus deren wichtigster Denkschrift, hrsg. von Erhard Eppler, Grundwerte, Reinbeck 1984. Sie trägt den Titel „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens", S. 101-170, hier: 136; 139. Die neueste umfassende Darstellung ist von Martin Jänicke u.a., Umweltpolitik. Politik, Recht und Management des Umweltschutzes in Staat und Unternehmen, Bonn 1999.

11 Ota Sik, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg 1979 (808 S.), und: Ulrich Gärtner/Peter Luder, Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, St. Gallen 1979 (1000 S.)

12 Daß in der Tat von globalen Sättigungstendenzen, infolgedessen von vermindertem Wirtschaftswachstum auszugehen ist, das auch durch Innovationsstrategien kompensiert werden kann, hat K.G. Zinn neuerdings noch einmal in einer kaum zu widerlegenden Weise zusammenfassend nachgewiesen; Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand. Das Janusgesicht unseres Kapitalismus zum Jahrhundertende und die Optionen der Beschäftigungspolitik, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 2. April 1999 (B 14/15/99), S. 3 – 13. Und Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 1998, S.74f.

13 Einen umfassenden Überblick zur Theoriegeschichte nach dem ersten Weltkrieg erarbeitete Klaus Novy: Voraussetzungen und Strategien der Sozialisierung. Ein Beitrag zur Wirtschaftsreformdiskussion, anhand der deutsch-sprachigen Sozialisierungs- und Planwirtschaftsliteratur aus der Zeit von 1918 bis 1933. Frankfurt a.M. und New York 1978.

14 Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, 24. Kapitel.

15 Wobei dies von Naphtali und seiner Arbeitsgrupe des ADGB noch ausdrücklich als bloße Vorstufe zur Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft verstanden wurde: sie verstanden den „Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg (!) zum Sozialismus" (a.a.O., Anm. 7), S. 18.

16 Vgl. Otto Kunze, Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung zur demokratischen Unternehmensverfassung. In: K. Nemitz/R. Bäcker, Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Köln 1963. S. 133-144.

17 „In Gemeinbesitz überführt wurden 39 Banken, (...), zwei Finanzholdings und 5 Industriekonzerne, vor allem der Chemie- und Elektrobranche. Unter den großen Industrieunternehmen Frankreichs gab es danach nur noch ein privates: Peugeot. 75% aller Einlagen und Kredite sowie 23% der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer unterstanden von nun an direkter staatlicher Kontrolle". Klaus Kellmann, Pluralistischer Kommunismus?, Stuttgart 1984, S. 270. Dort auch Näheres über die Kosten, die spätere Reprivatisierung und den sozialpolitischen Effekt der Vergesellschaftungen.

18 Es darf nicht vergessen werden, daß dieser gemeinwirtschaftliche Sektor nach dem II. Weltkrieg in Europa zu einem bedeutenden Wirtschafts(politik)faktor geworden ist: vgl. die Übersicht bei Günther Köpke, Gemeinwirtschaft im Spiegel neuerer Literatur, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1962, bes. S. 591-597. Seit den achtziger Jahren kam es dann in Westeuropa zu großen (Re)Privatisierungsschüben, vgl. Fabrice Dion (Coord.) Les privatisation en France, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en Italie, Paris 1995 (La documentation Française).

19 Ein neues umfassendes Sammelwerk über „historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund" (so der Untertitel) gab Hans Nutzenberger heraus: Perspektiven der Mitbestimmung, Marburg 1999, mit ausführlichen Resümees der Mitbestimmungsforschung.

20 Ich verweise hier nur auf die thematischen Schwerpunkte in der bereits zitierten Theorie des Ökosozialismus von Strasser und Traube: Die Wirtschaftsordnung des Ökosozialismus (249ff.); Wege zu einer bedürfnisgerechteren Technik (308ff.); alternative Energie- und Verkehrspolitik (328ff.); die Zukunft der Arbeit (364ff.). Als grundlegendes Werk gilt bis heute Lutz Wicke, Umweltökonomie, Wiesbaden 1993.

21 Es kann und muß aber auch betont werden, daß es nach wie vor erhebliche wissenschaftliche Forschungsdesiderata gibt, auf die wir teilweise bereits in unserer Monographie, S. 14-18, hingewiesen haben.

22 Karl Georg Zinn, Planung ohne Planwirtschaft, S. 158ff.

23 Karl Georg Zinn, Machtfrage Vollbeschäftigung, in: Sozialismus, 3/98, S. 14f.